

Zeitenwende – Putins Angriffskrieg, das Ende geopolitischer Denkschablonen und die Herausforderung, dies alles zu verstehen

Von Helmut Martens

Dr. Helmut Martens, geb. am 12.02. 1948, studierte Politikwissenschaften und neuere deutsche Literaturwissenschaften in Hannover, von 1973 bis 2010 war er wiss. Mitarbeiter am Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund und 25 Jahre Mitglied von dessen wissenschaftlichem Leitungsgremium. Er ist Mitinitiator des Forums Neue Politik der Arbeit. Forschungsprojekte zu Beteiligung, Mitbestimmung, Gewerkschaften und Arbeitspolitik.

1. Zeitenwende

Der von Wladimir Putin befohlene Angriffskrieg auf die Ukraine, 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder ein Landkrieg mitten in Europa, bedeutet eine Zeitenwende. Für einen freien Publizisten und Linksintellektuellen wie mich heißt das zunächst einmal, alle Anstrengungen darauf zu richten, angemessen zu verstehen, wie es zu

dieser Lage kommen konnte – und wo ich selbst ihre Ursachen viel zu lange verkannt habe.¹ Der Umstand, dass Viele, nicht zuletzt in der politischen Linken hierzulande Putins Angriffskrieg noch bis zum 21. 02. für ganz und gar undenkbar gehalten hätten, zwingt dazu, grundlegend neu nach-zudenken – und

¹ Und solches Verstehen meine ich hier in exakt dem Sinne, in dem Hannah Arendt in dem berühmten Gaus-Interview vom 28.10.1964 davon gesprochen hat: *Ich muss verstehen. Zu diesem Verstehen gehört bei mir auch das Schreiben. Das Schreiben ist Teil in dem Verstehen (...) Wenn es mir dann gelingt, es im Schreiben adäquat auszudrücken, bin ich auch wieder zufrieden. (...) Ich selber wirken? Nein, ich will verstehen. Und wenn andere Menschen verstehen, im selben Sinne, wie ich verstanden habe – dann gibt mir das eine Befriedigung, wie ein Heimatgefühl.* In einer Lage, die seit der Anerkennung der sogenannten „Volksrepubliken“ am 22. 02. auf Seiten professioneller Beobachter durch kurze Schockstarre, bei einigen offen eingestandene Ratlosigkeit und dann – für

journalistische Beobachter unumgänglich - die berichterstattende und begleitende Kommentierung von Kriegsausbruch und -Verlauf zur Folge hatte, heißt das: möglichst unvoreingenommene Arbeit an einem solchen Verstehensprozess. Mein Essay, noch unter dem Titel *Ratlos in der Eiszeit? Ukraine-Krise, fatale Folgerichtigkeit der aktuellen Entwicklung, neue Einsichten, Perspektiven* am 28. 02. auf meiner Homepage eingestellt, war dazu ein erster Schritt zu einer neuen, halbwegs tragfähigen Einschätzung der Lage. Auf seiner Grundlage - und zugleich die Dramatik von sich fast täglich überschlagenden neuen Ereignissen und Kommentaren verfolgend, die zu deren Verständnis erweiterte oder neue Blickwinkel eröffnen, habe ich nun diesen Aufsatz geschrieben.

zugleich überschlagen sich die Ereignisse geradezu.

Auch Heft 03/2022 des *Sozialismus* konnte ihnen nur hinterherhinken. Darin, noch vor Beginn der russischen Invasion geschrieben, findet sich ein einziger Artikel zu dem sich anbahnenden, vom US-Geheimdienst seit langem vorausgesagten Angriffskrieg Putins unter dem Titel *Am Rande eines großen Krieges: der Russland-Ukraine-Nato-Konflikt* (Steinfeld 2022). In einer Fußnote - vermutlich ganz zuletzt eingefügt, als der Artikel schon geschrieben war - wird auf Putins Erklärung zur Anerkennung der beiden sogenannten „Volksrepubliken“ verwiesen. Im Übrigen bewegt sich der Artikel ganz im Rahmen der gewohnten geopolitischen Denkschablonen, geprägt durch: (1) kritische Untertöne zu USA und NATO, (2) implizites Verständnis für die russische Sicht auf die NATO-Osterweiterung - bei immerhin einer kritischen, letztlich aber verharmlosenden Bemerkung zu *autoritären kleptokratischen Strukturen* und der *Vermischung von wirtschaftlichen, politischen und persönlichen Strukturen* dort, (3) noch Hoffnung auf Verhandlungslösungen und (4) einiges Lob für die diplomatischen Bemühungen von Olaf Scholz und Emmanuel Macron. Zur allgemeinen Lageeinschätzung kann man schließlich lesen (a. a. O. 4): „Halten wir uns an die Fakten. Sollte Russland tatsächlich eine Invasion in die Ukraine geplant haben, wäre aus militärischer Sicht ein Überraschungsangriff zur schnellen Schaffung von Fakten die geeignetste Strategie gewesen, so auch General a.D. Harald Kujat.“ Da das nicht geschehen sei, könne man davon ausgehen, *dass solch ein Angriff nie geplant war*. Und dann am Ende des Artikels kommt schließlich ein Satz wie dieser (a. a. O. 5): „Sollte die Ukraine - auf den Beistand des Westens vertrauend - sich stark genug fühlen, die Krim

zurückzuerobern, würde dies unweigerlich einen russischen Angriff auslösen.“ (!!!)

Es geht hier nicht um eine billige, besserwisserische Kritik, nachdem wir alle klüger sind, also auch ich - und noch weiter und besser begreifen müssen, wie unsere Welt nun, nach dieser Zeitenwende zu verstehen ist. Es geht darum, dass andere, lange vorher, deutlich klüger gewesen sind - und es geht um die Frage, weshalb die politische Linke, der ich mich weiterhin zurechne, lange mehr oder minder naiv gewesen ist. Wenn der russische Schriftsteller Wladimir Sorokin am 27./28.02. in der Süddeutschen Zeitung über seine Begegnungen mit „Putin-Verstehern“ hier in Deutschland zu dem Gespräch mit einem Alt-Achtundsechziger schreibt, der habe bekannt: „Mir gefällt euer Putin!“ - „Wieso denn das?“ - „Er ist stark. Er sagt was er denkt. Und er ist gegen die Amerikaner. Nicht wie unsere Weicheier“, mag er aus der Erinnerung mehrerer Gespräche heraus bewusst zugespitzt formulieren. Aber was fällt uns Alt-Achtundsechzigern heute zu seiner Schlussfolgerung ein? Sie lautet: *Eine eiserne Logik. Die deutsche Erfahrung der Dreißiger scheint diese Europäer nicht klüger gemacht zu haben*. Sie deckt sich mit dem, was Ilya Budraitskis, ein russischer Linker, in einem Interview sagt, das einen Tag nach Beginn von Putins Angriffskrieg auf die Ukraine geführt und am 01.03. auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht worden ist:

„Westliche Linke, die bis vor kurzem noch Russland als Opfer dargestellt und von einem ukrainischen «Nazi-Regime» gesprochen haben, tragen jetzt eine Mitverantwortung für den Krieg.“

Auch das ist fraglos zugespitzt, trifft aber den Kern. Die politische Linke hat die Totalitarismusanalyse Hannah Arendts ja lange nicht wirklich, und vermutlich immer noch

ungern, und nur zur Hälfte hinreichend ernst genommen – ebenso wie die Unterscheidung von irrationalem und rationalem Terror bei Albert Camus. Dass dieser *Terrorismus des Staates* und *rationale Terror* (Camus 2016, S. 246 ff.) angesichts eines in Russland nie wirklich aufgearbeiteten Stalinismus über die KGB-Sozialisation eines nun als Diktator kenntlichen Autokraten mit nationalistisch-restaurativem Weltbild weiterlebte, ist jedenfalls verkannt worden. Von sehr vielen Anderen allerdings auch. Von welchen Fakten ist also nun angesichts von Putins Krieg auszugehen?²

Der Schleier rational nachvollziehbarer und begründeter geo- und sicherheitspolitischer Interessen Russlands ist mit Putins Angriffskrieg zerrissen. Er mag auch in geopolitischen Denkschablonen denken, und die Nato-Osterweiterung ist da für ihn eine fundamentale Herausforderung. Vor allem aber, und eben auch vor diesem Hintergrund, ist er besessen von der Idee, mit einem Russland, mindestens näherungsweise in den

alten Grenzen der UdSSR, vergangene herrschaftliche „Herrlichkeiten“ wieder herzustellen.

Der russische Diktator hat sich den Weg zur Besetzung Kiews und zur Absetzung des gewählten Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zweifellos sehr anders vorgestellt.³ Aber nun lässt er seine Soldaten nach im Grunde bekannten Mustern handeln. Für jedermann sichtbar hat er Fakten geschaffen, die unsere Welt grundlegend verändern.

Die Bemühungen führender Politiker*innen gegen alte Denkschablonen – die auf beiden Seiten ihre Rolle spielen,⁴ auf Wandel durch Handel zu setzen, lassen sich im Rückblick leicht kritisieren. Aber hat es in den beiden letzten Jahrzehnten realistische Alternativen wirklich gegeben? Kann jemand sicher sagen, wo der verfehlt Ausgangspunkt für eine stabile europäische Sicherheitsarchitektur gelegen hat,

2 Mir ist bewusst, dass die Frage nach der Faktenlage leichter gestellt als beantwortet ist. Manches liegt klar zu Tage, aber sicher ist: die Wahrheit ist das erste, was im Krieg auf der Strecke bleibt.

3 Ein am Samstag, den 26. Februar bereitgestellt und nicht schnell genug gelöschter Triumphtext der staatlichen Nachrichtenagentur RIA-Novosti belegt das (Heinsohn 2022). Ein Propaganda-Autor namens Petr Akopov verkündet darin – nach einem offensichtlich schusslos erwarteten Spaziergang am 24. und 25. Februar – Moskaus Sieg. Das Ende der *nationalen Demütigung* durch Verlust der Ukraine im Dezember 1991, der damit eingetretenen *furchtbaren Katastrophe und unnatürlichen Zerrissenheit*. Putin habe ganz allein *ohne einen Tropfen Übertreibung eine große historische Verantwortung übernommen, um die Lösung der ukrainischen Frage nicht künftigen Generationen aufzuhalsen*.

4 Zbigniew Brzezinski, Sicherheits- und Wahlkampfberater mehrere demokratischer US-

Präsidenten und Professor am Zentrum für strategische internationale Studien in Washington, hat die Ukraine schon 1997 *„auf dem eurasischen Schachbrett als geopolitischen Dreh- und Angelpunkt angesehen. Ohne die Ukraine sei Russland kein eurasisches Reich mehr“*. So zitiert ihn Jürgen Wagner (2014) in seiner „Showdown im postsowjetischen Raum“ betitelten Analyse des Ukraine-Konflikts von 2013/14, in dem es um die Frage ging, in welchen geopolitischen Einflussbereich die Ukraine zukünftig hinübergezogen werden kann. Der damalige Konflikt wurde nach der Maidan-Revolution zugunsten einer Westorientierung entschieden. Gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine, den die USA damals wollten, gab es in der EU vor allem von Seiten der Bundesregierung klare Vorbehalte, und auch Brzezinski hat zu dieser Zeit wohl davor gewarnt. In Reaktion auf die Maidan-Revolution annektierte Putin die Krim – und seither handelt er, nun offenkundig, folgerichtig und höchst planvoll weiter.

von dem aus der Weg zu der heutigen Konfrontation geführt hat?⁵

Die diplomatischen Bemühungen - langjährig v. a. seitens der Regierung Merkel verfolgt, zuletzt von Emmanuel Macron und Olaf Scholz - lassen sich von heute aus leicht kritisieren. Aber gab es dazu eine Alternative, ehe Putin den Schleier seiner nur vordergründig geo- und sicherheitspolitischen Motive zerrissen hat? Erst in diesem Moment ist es unausweichlich zur schroffen Frontstellung gegen Putins Diktatur gekommen.⁶ Unsere repräsentativen Demokratien stehen ihm nun als freie Welt gegenüber. Ein Begriff, der für die politische Linke seit Vietnam unter Ideologieverdacht steht, hat plötzlich seine Berechtigung. Gab es auf dem Weg dahin auf Seiten der Linken hinreichend nüchterne Analysen, die weiterhelfen können?

Die mit Beginn von Putins Angriffskrieg sofortige, bestimmte und geschlossene Reaktion von EU, USA und NATO zeugt davon, dass westliche Spitzenpolitiker nicht unvorbereitet gewesen sind und ihr Handeln für den Fall des Falles seit längerem miteinander abgestimmt haben. Ihre Einschätzungen waren vor Ausbruch dieses Krieges in Europa offenkundig realistischer als

die Vorstellungen auf Seiten vieler innerhalb der politischen Linken.

Die beschlossenen wirtschaftlichen Sanktionen, die Waffenlieferungen in die Ukraine und auch die sicherheitspolitische 180-Grad-Wende, die die Bundeswehr mittelfristig zu einer verteidigungspolitisch handlungsfähigen Armee machen soll, kann man nach Putins „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ im Ernst nicht kritisieren. Die Einrichtung des 100 Milliarden Sondervermögens bedeutet noch nicht die Ingangsetzung einer Rüstungsspirale.

Putins Angriffskrieg droht immer mehr zu einem schmutzigen Krieg zu werden. Man hatte schon in Tschetschenien und zuletzt in Syrien die Bereitschaft zu einer wahrhaft menschenverachtenden Kriegsführung sehen können. Nun erleben wir dies fast mitten in Europa. Man kann jetzt kaum ertragen, worüber man in Syrien eher hinweggesehen hat (SZ vom 08.03.2022). Aber man muss nachdrücklich sagen: Die zugleich entschlossene und besonnene Politik der NATO

5 Zu der Lage in den Jahren 2013/14 gehörte u. a. die innere Krise der EU, zu der Jürgen Habermas seinerzeit in der Zeitschrift *Leviathan* eine akademische Debatte initiiert hat. In deren Zentrum stand die Herausforderung zur Stärkung unserer repräsentativen Demokratie. Der Blick war nach innen gerichtet. Nur beiläufig, aber höchst pointiert, hat Habermas damals von einer „weltpolitisch verfehlten Rolle der EU“ gesprochen. Diese Bemerkung zielte sicherlich über die Forderung nach aktiveren Bemühungen um eine neue europäischen Sicherheitsarchitektur hinaus – und ob und wie sie die heute klar sichtbaren spezifischen Kontinuitäten des Totalitarismus aus stalinistischer Zeit im Blick hatte, wissen wir nicht, aber die zeitliche Nähe

zu den damaligen Ereignissen in der und um die Ukraine springt ins Auge.

6 Alexander Kluge hat in einem bei Zeit-Online veröffentlichten Interview auf höchst allgemeiner Ebene festgestellt, dass niemand einen Krieg beherrschen könne und dass man auf den a-barischen, also den gewaltfreien Punkt als den Anfangspunkt der Konfrontation zurückgehen müsse. Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze formuliert auf nüchtern-realpolitischer Ebene: „Was wir brauchen, ist Stabilität. Was wir brauchen ist irgendein dreckiger Deal!“ Ich kann als wissenschaftlicher Beobachter vom Diktator Putin sprechen. Unsere Politiker müssen weiter vom Präsidenten Putin sprechen – und auch mit ihm!

ist angesichts der Gefahr von nicht mehr kontrollierbaren Eskalationsstufen richtig.⁷

Die Ukraine war ganz sicher kein demokratisches Musterland. Nicht ohne Grund wird sie im Korruptionsindex von Transparency International im Jahr 2021 hinter 121 anderen Staaten geführt, in denen es mehr oder weniger gut oder, das dürfte überwiegend zutreffen, weniger schlimm steht. Korruption und Oligarchen prägen da also immer noch die politische Wirklichkeit mit. Aber das Land befand sich, ganz anders als Russland, auf dem Weg zu einer funktionierenden repräsentativen Demokratie und zu Rechtsstaatlichkeit.

Putins Angriffskrieg ist vermutlich nicht zuletzt auch hierin motiviert – und er hat nicht zuletzt in dieser Hinsicht die Lage radikal verändert. Armee und Bevölkerung der Ukraine führen nun einen Kampf um ihre politische Freiheit – erbittert und mit bewundernswerter Moral. Anders als vom militärisch überlegenen Aggressor erwartet, erscheint der Kriegsausgang (noch?) offen. Aber dass Putin einen Frieden zu auch nur ansatzweise seinen Bedingungen erreichen kann, kann angesichts des Widerstands, auf den er trifft, als ausgeschlossen gelten. Man wartet, hofft auf erste diplomatische Lösungsschritte – und erkennt, dass Putins Kalkül dem offenbar entgegensteht.

Es geht in der Haltung zu Putins Krieg auch um die Verteidigung des seit dem zweiten Weltkrieg geltenden Völkerrechts, um die große Bereitschaft und Fähigkeit, den in wachsenden Millionenzahlen flüchtenden Menschen zu helfen – und zugleich auch darum, dass wir bemerken könnten, dass es in

Europa Flüchtlinge „erster“ und „zweiter Klasse“ gibt. Zugleich müssen weiterhin politische Auswege gesucht werden, muss versucht werden, die Haltung der Regierungen in China und Indien zu beeinflussen - zu sehen, dass in China eine ganz eigene Mischung von stalinistischer Prägung der politischen Elite und einer Jahrtausende alten konfuzianischen Denktradition im Hintergrund des dortigen geopolitischen Denkens wirksam ist. Die Liste ist auch damit immer noch nicht vollständig. Klar aber ist: Wir erleben wirklich eine Zeitenwende. Seit dem 24.02.2022 ist nichts mehr so, wie es zuvor gewesen ist.

2. Ratlos in der Eiszeit? Putins Krieg, fatale Logiken alten geopolitischen Denkens, neue Blickwinkel

Putins Angriffskrieg hier in Europa - 82 Jahre nachdem mit dem Hitler-Stalin-Pakt vorbereiteten Überfall Nazideutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg begonnen hat, und 77 Jahre nach dessen Ende - hat unsere Welt verändert. Spontan mag der gewohnte geopolitische Blickwinkel nahe gelegen haben – denn der hat in den letzten 77 Jahren das Handeln der politischen Eliten auf Seiten aller großen Weltmächte immer ganz wesentlich geprägt. Und da sollte unstrittig sein, dass das geopolitische Handeln der USA durchaus auch Kalkülen gefolgt ist, die Putins rückwärtsgewandtem und skrupellos machtpolitischem Denken sozusagen „Nahrung“ gegeben haben.

7 Der Vorschlag der polnischen Regierung vom 08.03., MiG-29-Kampffjets via Ramstein an die Ukraine zu liefern – augenscheinlich ohne Vorabstimmung mit der Regierung der USA unterbreitet, die ihn dann abgelehnt

hat – unterstreicht nachdrücklich, wie heikel die Gratwanderung ist, zu der die Politik der NATO nun gezwungen ist.

Politisch links stehende Intellektuelle hatten immer einen besonders kritischen Blick auf die USA. Man wusste: deren politische Elite ist seit Ende des Zweiten Weltkrieges bei ihren geopolitisch begründeten Entscheidungen im Blick auf die erklärten eigenen demokratischen Werte, die man selbst sehr ernst nahm, nie skrupulös gewesen, wie sich im Falle Lateinamerikas leicht zeigen lässt (Chomsky 2017). Bei Eintritt in kriegerische Handlungen sind auch US-Amerikanische Politiker immer wieder zu Lügen bereit gewesen. Vom Vietnamkrieg bis hin zu den beiden Golfkriegen ist das bekannt und dokumentiert. Arendt (1971) hat die Analyse der Pentagon-Papiere zu ihrem Essay über „die Lüge in der Politik“ veranlasst. Darin weist sie nach, dass und wie es auch in demokratisch verfassten Staaten mit politischer Öffentlichkeit zu Verkettungen von „Selbsttäuschung, Täuschung, Lüge und Ideologisierung“ kommen konnte, die am Ende allzu leicht bis zum Wirklichkeitsverlust führen.

Nun sind wir mit wahrhaft dramatischen Folgen eines solchen Wirklichkeitsverlustes in der Führung eines zur Diktatur gewordenen Landes hier in Europa konfrontiert. Wir sind deshalb gefordert, grundlegend neu nachzudenken – und man kann sich als politisch engagierter Intellektueller nicht wegducken, indem man sich etwa auf sein wissenschaftliches Spezialgebiet beschränkt.⁸ Auch wenn ich in etlichen persönlichen Gesprächen bemerke, dass angesichts der aktuellen Drohungen mein Nachdenken über grundlegende Fragen fast als Luxus, u. U. geradezu als Zumutung verstanden wird, da

sich doch alle Aufmerksamkeit darauf richten müsse, wie Politik nun unmittelbar richtig reagieren könne, kann ich mich genau dieser Herausforderung nicht entziehen.

Was man als erstes sehen kann ist: die Grundannahme, dass (Geo-) Politik wesentlich nach rationalen Überlegungen und entsprechend nachvollziehbaren Interessen verläuft, hat sich spätestens mit Ausbruch dieses Krieges als falsch erwiesen. Solcher geopolitischer Interpretationsrahmen ist zu eng. Wenn etwa Herfried Münkler in ersten Schlussfolgerungen erklärt - geäußert in einem Gespräch im Studio 9 im Deutschlandfunk -, dass unsere eine Welt mit Putins Angriffskrieg in Europa unausweichlich in die Zwänge einer neuen Geopolitik geraten ist – die, das wäre anzufügen, alt vertrauten Mustern folgt - und in der wir Europäer so gut wie keine Rolle mehr spielen können, macht das zusätzlich ratlos. Unsere Spitzenpolitiker handeln zum Glück klüger.

Als zweites wird klar: Es geht immer auch um Leidenschaften – also hier, in der Folge der Besessenheit des Machthabers im Kreml von seiner Vorstellung einer wieder herzustellenden russischen Größe, nun um Leiden von Millionen von Menschen. Und beim Bemühen um kühl abwägende Analysen kommt dann sofort auch persönliche eigene Betroffenheit zwingend mit ins Spiel. Ganz generell gilt also die Einsicht Denis Diderots, des philosophischen Kopfes der radikalen

⁸ Ich habe als Sozial- und Politikwissenschaftler lange Jahre auf den Feldern von Arbeitsforschung und –Politik gearbeitet, aber im letzten Jahrzehnt zunehmend auch als Generalist. Ich verfüge also in Fragen der Außen, Geo-

und Sicherheitspolitik über keine spezialwissenschaftliche Expertise. Mir ist an Daten zugänglich, was man sich als Bürger dieses Landes verschaffen kann.

Französischen Aufklärung, demzufolge die Passion immer vorangeht.⁹

Zum Dritten wird man an die Feststellung von Norbert Elias erinnert, dass der Prozess der Zivilisation sich immer noch als Ganzes ungeplant vollzieht – und an eine grundlegende Einsicht von Alexander Kluge, dem großen Erzähler vertikaler Geschichten, eine Einsicht, die eben nicht nur auf die Analysen unserer geschichtlichen Vergangenheit anzuwenden ist: wir müssen bemerken, dass, was heute geschieht und was unsere Zukunft weiter beeinflussen wird, in der Vergangenheit geboren worden ist.¹⁰ Wir können heute wissen, dass das Zeitfenster, das noch Chancen bietet, dem „Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“ zu begegnen¹¹, nicht mehr allzu lange offen stehen dürfte. Die vor uns liegenden Risiken sind noch einmal erschreckend größer geworden; vielleicht aber wachsen gerade auch neue Chancen.

Zum Vierten kann jede Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine gegenwärtig nur so etwas

wie eine „rasch verderbliche Ware“ sein. Die Blickwinkel auf die aktuelle Lage erweitern sich täglich – und neue Perspektiven kommen hinzu. Man möchte nicht in der Lage derer sein, die jetzt politisch handeln müssen. Robert Habecks im Deutschen Bundestag zu den von der Bundesregierung beschlossenen Reaktionen getroffene Feststellung: „Die Entscheidung ist richtig, aber ob sie gut ist, das weiß noch niemand“, ist meines Erachtens eine in der gegenwärtigen Lage zutreffende und zutiefst ehrliche Aussage, wie man sie so selten aus dem Mund eines Politikers hört.

Es geht also um einen neuen desillusionierten und realistischen Blick auf den in Russland herrschenden Autokraten – mittlerweile muss man sagen Diktator – und sein nun offen zu Tage liegendes abschätziges Urteil über unsere westlichen repräsentativen Demokratien. Und es geht zugleich auch um deren eigene krisenhafte Entwicklungen. Es geht weiterhin um die Frage nach wirkmächtigen Kräften, die in historisch weit zurückliegender Zeit „geboren“ wurden und nun gefährlich zur

9 Ähnlich wie Immanuel Kant setzt Diderot zwar darauf, dass der Mensch als vernunftbegabtes Wesen mit der Freiheit „eine Kette neu beginnen zu können“ ausgestattet ist; aber er sieht als Philosoph – auf Psychologie als Wissenschaft kann er noch nicht zurückgreifen – von seinem monistischen Naturalismus aus in der *Vernunft eine* „körperliche Funktion mit einer Neigung zum metaphysischen Größenwahn“ (Blom 2010. 297). Philipp Blom (a. a. O. 15) faßt Diderots Position wie folgt zusammen: „Die Natur drücke sich durch starke und blinde Leidenschaften aus, die eigentlichen Antriebskräfte des Daseins. Sie könnten mittels Vernunft vielleicht gelenkt werden, so wie ein Segel ein Schiff durch unwiderstehliche Winde und Strömungen eines Ozeans steuern, aber die Vernunft gehe immer an zweiter Stelle, sei schwächer als die Passion“. Die Trennung von Leidenschaften und Interessen ist, wie Albert O. Hirshman (1980) gezeigt hat, zwar eine wesentliche „Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg“ gewesen, so der Untertitel des Buches, die die dem Adel zugeschriebenen starken Leidenschaften

sozusagen aus dem Spiel nehmen sollte: und erst Marx hat dann, wie Hannah Arendt (2002, S. 86) schreibt, „*Interesse und Bedürfnis* gleichgesetzt und so beide Begriffe *objektiviert*, wobei *die Politik* allerdings *weit davon entfernt* geblieben sei, *objektiver gemacht zu werden*“.

10 Ich variiere damit Alexander Kluges Satz: „Es Existiert in der Zukunft etwas, das heute geboren wird“. Kurt Kister (2022) hat ihn vor wenigen Tagen in einem Artikel aus Anlass von dessen 90. Geburtstag berichtet. Er ist, wie Kister zu Recht schreibt, für diesen großen Schriftsteller, Fernsehproduzenten, Filmkünstler und Meister eines vertikalen Erzählens charakteristisch.

11 „Die Gegenwart bläst sich auf. Ohne die Vorgeschichte, die Zukunft und vor allem den Möglichkeitssinn gibt es aber keine Realität“, so heißt es unter anderem in den Ausführungen der edition filmmuseum zu diesem Film. Dessen ursprünglicher Titel lautet: „Die Unheimlichkeit der Zeit“.

Geltung kommen. Es kommt darauf an, alte Denkmuster und neue Herausforderungen in unserer einen, von ökosozialen Krisenszenarien und nun auch von einem als undenkbar erachteten Krieg, und der Gefahr seiner Eskalation bedrohten Welt in ihrer ganzen Komplexität zusammenzudenken. Und zugleich geht es um unmittelbar notwendige und mögliche Antworten und um neue mittelfristige Perspektiven. Wir haben Vieles zu überprüfen.

Am Ende der zweiten Woche nach Beginn eines als undenkbar erachteten Bodenkrieges in Europa fällt es jedem Beobachter schwer, angesichts eigener Betroffenheit analytische Distanz herzustellen – und vermutlich gibt es immer noch mehr Fragen als Antworten. Nach meiner Überzeugung muss man auf der Suche nach Antworten – zu Ursachen und neuen Perspektiven – zumindest vier weitere Blickwinkel sehr genau ausleuchten.

Als erstes geht es um die demokratische und demokratietheoretische Perspektive. Viele Gründe lassen sich für die These anführen, dass unser demokratisches Projekt der Moderne nach 250 Jahren immer noch am Beginn seiner Entwicklung und seiner Möglichkeiten steht. Folglich gibt es auch gute Gründe für Kritik an den Fehlern und Halbheiten unserer

repräsentativen Demokratie wie auch den in ihnen selbst erzeugten, wachsenden Gefährdungen.¹² Aus dieser wohlbegründeten Sicht gilt es, dieses Projekt weiter voranzutreiben – insbesondere in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft.¹³ Aber man kann nicht verkennen: derzeit steht wieder auf dem Spiel, was bislang in den Kämpfen zweier Jahrhunderte schwer errungen worden ist. Autokratische Herrschaftsformen gewinnen auch in etlichen repräsentativ-demokratisch verfassten und regierten Staaten an Boden.¹⁴

Dieser Krieg fällt zum zweiten in eine Zeit, in der unser demokratisches Projekt der Moderne aus systemimmanenten Gründen in eine weiter anwachsende Krise geraten ist. Es gibt zunehmende ökonomische, ökologische, soziale und politische Instabilitäten und wachsende Krisendrohungen. Der Fortschrittsglaube, der das Projekt unserer atlantischen Zivilisationsgemeinschaft gleichsam beseelt, bedarf deshalb, der Überprüfung.¹⁵ Fortschritte in den vier oben genannten Dimensionen wird es nur geben, wenn es gelingt, sie politisch herbeizuführen, also durchzusetzen.

Im Blick auf die Herausforderung zu einer großen ökosozialen Transformation haben wir das seit langem gewusst. Ganz aktuell erklärt

12 Jürgen Habermas' These der Möglichkeit einer „Refeudalisierung“ demokratischer Gesellschaften ist im letzten Jahrzehnt im akademischen Diskurs breit aufgegriffen worden. Der politisch linker Positionen kaum verdächtige Soziologe Norbert Elias (1985, S. 107) hat schon sehr viel früher darauf hingewiesen, dass aus den realen oligarchischen Herrschaftsstrukturen in den USA bei größerer Gefährdung der Vormachtstellung der USA „ein diktatorisch regiertes Land, möglicherweise eine Präsidialdiktatur“ werden könnte. Siehe in diesem Zusammenhang meine Analyse zu den Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2020 und der weiteren Drohung des Trumpismus (Martens 2021).

13 Damit wäre ich dann im Kernbereich meiner sozialwissenschaftlichen Kompetenz – und meines arbeitspolitischen Engagements. Siehe dazu u. a. Martens 2019 und 2020.

14 Für die im November 1997 in einem Essay formulierte Befürchtung des Liberalen Sir Ralf Dahrendorf, dass ein der Demokratie überdrüssiges neues autoritäres Jahrhundert heraufziehen könnte, lassen sich ein Vierteljahrhundert später leider nur allzu viele empirische Belege anführen.

15 Siehe zur Wissenschaftsgläubigkeit unserer Zeit Hans Magnus Enzensberger (2002), allgemeiner zu dem uns beherrschenden Fortschrittsparadigma Martens 2022b.

der UN-Generalsekretär nach dem neuen Bericht des Weltklimarates, das Handeln der Regierungen, die hier noch immer nicht vorangingen, sei „kriminell“ (SZ vom 01.03.2022). Und nun geht es nicht „nur“ um die drohende Klimakatastrophe. Uns wird bewusst, dass wir nun auch in der Frage von Krieg und Frieden vor der Herausforderung stehen, das mögliche Ende unseres Anthropozän abzuwenden. Wir werden auch aus diesem Grunde, und das wäre mein dritter Punkt, darüber nachdenken müssen, wie man aus den fatalen Logiken jenes geopolitischen Denkens herauskommen kann, das uns in die gegenwärtige Lage gebracht hat, bzw. darüber wie die EU mit einer anderen Weltpolitischen Rolle den Weltmächten dabei helfen kann, dies zu schaffen. Und das wiederum verweist zurück auf die Halbheiten und Unzulänglichkeiten bei der Verwirklichung unseres demokratischen Projekts der Moderne.

Schließlich wird mit diesem Krieg offenkundig: die großen Herausforderungen der Zukunft sind das eine. Das Lasten eines in den 250 Jahren dieses Projekts nur allzu oft katastrophischen Geschichtsverlaufs auf unserer Gegenwart das andere. Das alte, institutionelles Denken das Handeln von Menschen prägt, in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens, liegt offenkundig zutage – gerade auch da, wo es um das strategische Handeln politischer, militärischer, wirtschaftlicher Eliten geht. Die Frage lautet mithin, ob die einschneidende Erfahrung eines für undenkbar gehaltenen Krieges in der Mitte

Europas vielleicht auch die Chance zu einem neuen Denken werden kann.

3. Anstöße zum Weiter-Denken

Was ist nun ein vorläufiges Fazit? Aktuell wird eine Dynamik entfesselt, die für viele Menschen in der Ukraine verheerend ist und die europa- und weltpolitisch hohe, schwer zu kalkulierende Risiken beinhaltet. Angesichts der russischen Invasion in der Ukraine sind die Verhältnisse eisig geworden. Die in den meisten Mitgliedsstaaten der EU in immer noch relativ stabilen repräsentativen Demokratien sehen sich herausgefordert. Dass Demokratie nicht exportierbar ist - gestützt auf militärische Mittel und orientiert an einer ökonomischen Logik, die die weitere Spaltung unserer Welt sehenden Auges zulässt oder auch vorantreibt -, haben wir gerade in Afghanistan erlebt. Und an anderen Stellen unserer einen Welt haben wir es klar vor Augen. Dass zur Verhinderung weiterer ökologisch bedingter Verheerungen zuerst dort, und damit zugleich weiter wachsende Flüchtlingsströme, tiefgreifende Veränderungen unserer eigenen Wirtschafts- und Lebensweise zwingend werden, könnte inzwischen jeder wissen – jedenfalls in den repräsentativen Demokratien unserer „Atlantischen Zivilisationsgemeinschaft“.¹⁶

Dass in der Ukraine die Versprechen von Rechtsstaatlichkeit und repräsentativer Demokratie – und sicher auch die Hoffnung auf

¹⁶ Ich verwende den Begriff in Anlehnung an Arendt, die bereits zu Beginn der 1970er Jahre schrieb, dass es „sich inzwischen herumgesprochen hat, dass die atlantische Zivilisationsgemeinschaft vermutlich die letzte Chance abendländischer Kultur ist“ (Arendt 1974, S. 278). Das Schlusskapitel ihres Buches *Über die Revolution*, einer

vergleichenden Analyse von amerikanischer und französischer Revolution, mit dem Titel „Tradition und Geist der Revolution“, ist heute vielleicht aktueller denn je, auch wenn es gilt, in Sachen Arbeit und Demokratie mit Arendt über sie hinauszudenken (Vgl. Martens 2020, S. 88-116).

wirtschaftliche und soziale Fortschritte – dazu geführt haben, dass die Menschen aus den Erfahrungen der ersten Jahrzehnte nach dem Zerfall der Sowjetunion den Weg in die EU autokratischen Lösungen vorgezogen haben, ist unübersehbar. Der entschlossene Widerstand gegen den Angriff einer in allen technischen Belangen weit überlegenen russischen Armee ist anders nicht zu erklären. Er nötigt allergrößten Respekt ab. Der russische Autokrat und Diktator ist davon zweifellos überrascht. Nicht zuletzt auf Seiten der politischen Linken hat kaum jemand damit gerechnet, dass Putin, in den Worten Wladimir Sorokins, vom Hoffnungsträger der Demokratie in solcher Weise „zum imperialen Monster“ pervertieren würde. Seine zutiefst demokratieverachtende Gesinnung haben wir nicht wahrhaben wollen. Aus den fatalen Logiken globaler Geopolitiken, die auch noch das Denken führender westlicher Politiker mit prägen – und, wenn man an Donald Trump denkt, sehr schnell demokratische Werte zerstören können, auch weil diese in der US-Amerikanischen Außenpolitik noch nie allein der Maßstab politischen Handelns gewesen sind – sollte nun wenigstens für die Zukunft gelernt werden. Und auf Lernprozesse, nicht auf Grundlage „vorwegnehmender Erkenntnis möglicher Folgen“ politischen Handelns sondern „im Gefolge von Fehlentscheidungen und den bitteren Erfahrungen, die sie mit sich bringen“ (Elias a. a. O. S. 82) darf man ja immer noch hoffen.

Die beachtliche Geschlossenheit und Besonnenheit in den Reaktionen von EU und NATO sind vor diesem Hintergrund zunächst einmal beruhigend. Die unmittelbaren und die weiter absehbaren Folgen der nun eingetretenen Lage sind dies allerdings nicht. Für die USA sind die Folgen einer massiven Sanktionspolitik wirtschaftlich vermutlich leichter zu verschmerzen, als dies in

Westeuropa der Fall ist. Das engere Zusammenrücken der Nato hinter den USA wird die politische Elite dort begrüßen. Deren Blick richtet sich ja schon lange vornehmlich in Richtung China – und das wird nun erleichtert werden. In der US-Amerikanischen Bevölkerung wird die veränderte sicherheitspolitische Lage als weniger dramatisch wahrgenommen werden. Für sehr viele Menschen dort ist Europa so weit entfernt, wie das von hier aus der Jemen, der Sudan oder auch das uns geographisch schon viel näher liegende Syrien sind. Und in dieser politisch gespaltenen Nation ist in den Medien und in der Bevölkerung ein wirklich kritischer Blick auf Putin ja alles andere als selbstverständlich. Die in hohem Maße personalisierende und polarisierende politische Berichterstattung in den USA (Rehfeld 2022) und der Umstand, dass Donald Trump es sich noch nach dem 22.02. erlauben konnte – eben vor dem Hintergrund solcher Öffentlichkeit –, Putin als sehr klugen, fast genialen Politiker zu bezeichnen, um sich selbst so als der ihm besser gewachsene Politiker zu präsentieren, ist tief beunruhigend.

Doch hinter der großen Geschlossenheit wäre über Differenzierungsnotwendigkeiten neu nachzudenken, etwa im Verhältnis zwischen den USA und der EU – wofür die Chancen zunächst allerdings eher blockiert sind. Gleichwohl könnte mittelfristig eine jeweilige Eigenständigkeit innerhalb der NATO auch offener beurteilt werden. Was folgt aus der veränderten US-Amerikanischen Prioritätensetzung im Blick auf China, oder auch aus verstärkten gemeinsamen Verteidigungs- und Rüstungsanstrengungen der EU, wie sie nach nur wenigen Tagen von verschiedener Seite lautstark gefordert und am 27.02. für die Bundesrepublik auch schon verkündet worden sind? Was folgt aus einem engeren Zusammenrücken der Staaten der EU angesichts eines nun anwachsenden

Verständnisses dafür, dass demokratische Freiheiten nicht selbstverständlich, vielmehr Ergebnisse eines seit mehr als zwei Jahrhunderten andauernden Kampfes um demokratische Rechte sind? Bekommen eher zarte, jüngere Debatten im Feld von Arbeit und Demokratie sowie allgemein darüber, dass unsere repräsentative Demokratie vielleicht doch nicht das letzte Wort der Geschichte in Sachen Demokratie sein darf, zusätzlichen Auftrieb, oder drückt die Wucht der Ereignisse sie nun eher bei Seite? Bedeutet die veränderte energiepolitische Lage zusätzliche Schubkraft für die ökosoziale Transformation, oder entziehen deutlich erhöhte Rüstungsausgaben dringend benötigte Ressourcen? Und vor allem: was bedeuten solche neuen Prioritätensetzungen für den politischen Umgang mit sozialen Spaltungsprozessen hier in unserem Land? Dass es kein „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) gibt, liegt heute klar zu Tage. Die damit drohenden Instabilitäten und neuen Risiken fordern zwingend dazu heraus, die zutiefst veränderte Lage sehr grundlegend neu zu durchdenken. Das gilt gerade auch für die politische Linke.

Das „Weiter-So“ des herrschenden Politikbetriebs stößt nicht nur ökologisch auf Grenzen, die uns nach allem unserem naturwissenschaftlichen Wissen schlicht und ergreifend gesetzt sind. Ökologische Nachhaltigkeit erfordert eine ziemlich grundlegend andere Art zu wirtschaften. Vorstellungen stetig weiteren Wirtschaftswachstums und eines schier Grenzenlosen wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind teils geradezu irrwitzig, teils zumindest höchst zweifelhaft.¹⁷ Soziale

Nachhaltigkeit setzt voraus, die derzeit stetig forcierten sozialen Spaltungsprozesse umzukehren. Politische Nachhaltigkeit erfordert eine Weiterentwicklung unserer repräsentativen Demokratie, von der besten aller schlechten Herrschaftsformen hin zu einer Lebensform, an der alle aktiv teilhaben können. Und das geopolitische Denken in alten machtpolitischen Mustern bleibt letztlich immer noch befangen in den Vorstellungen einer Vergangenheit, die wir endlich hinter uns lassen müssen.

Ich habe zu Beginn von Kapitel 2 mit harscher Kritik auf die vermeintlich realistische, uns ihm zufolge gleichsam aufgezwungene Einschätzung Münklers reagiert, dass unsere eine Welt mit Putins Angriffskrieg in Europa unausweichlich in die Zwänge einer neuen Geopolitik geraten sei und in der die EU so gut wie keine Rolle mehr spielen könne. Man kann gegen solchen „Realismus“ argumentieren und sagen, dass die Ukrainer uns gerade vor Augen führen, dass im Kampf gegen einen scheinbar übermächtigen Diktator uns Menschen die Fähigkeit zu Handeln eigen ist und dass es „in Fragen der Herrschaft tatsächlich eine vitale Dialektik gibt, die aus der Kraft gemeinsamen Handelns resultiert“. Kia Vahland (2022) hat das in einem Kommentar der Süddeutschen Zeitung mutig zu schreiben gewagt, während der Ausgang von Putins schmutzigem Krieg offen und eine militärische Niederlage der Ukraine nicht ausgeschlossen ist. Vahland hebt die potenzielle Kraft des Zusammenhandelns hervor – und verweist dabei auf Arendt. Man darf dann auch daran erinnern, dass Arendt angesichts des Ungarnaufstandes von 1956 – neben Cornelius Castoriadis (2016), der die

17 Siehe kritisch zum heute vorherrschenden Wissenschaftsverständnis Hans Magnus Enzensberger 2002. Zu der These, dass das unsere Welt seit zwei Jahrhunderten beherrschende Fortschrittsparadigma –

keineswegs nur dort, wo es in den diversen Marxismen zweiteilig geschichtsmächtig geworden ist – in hohem Maße ideologiekalt ist, siehe auch Martens (2022).

Ungarische Revolution zwanzig Jahre später, noch einmal neu und, ganz in radikalsozialistischer Tradition, höchst emphatisch gefeiert hat, zu den wenigen gehört, die diesen radikaldemokratischen Aufstand in der Traditionslinie eines Jahrhunderts der Revolutionen in Europa gewürdigt hat. Castoriadis' Vorstellung einer Einheit von Reflexion und Aktion im einmaligen revolutionären Akt ist allerdings grundlegend problematisch - und in einer seit 1956 ungleich komplexer gewordenen, global vernetzten Welt kann es nur um sukzessive Veränderungs- und Transformationsprozesse gehen.¹⁸ Und angesichts der Ungeheuerlichkeit eines erneuten nationalistisch begründeten Angriffskrieges in Europa hat man heute wahrhaftig keinerlei Grund zu Emphase. Zudem hinken historische Vergleiche ohnehin immer. 1956 war die Welt, ideologisch gespalten, in Machtblöcke im Kalten Krieg unantastbar aufgeteilt. Heute haben wir es mit dem Wiederaufleben restaurativ-nationalistischen Denkens autokratischer Herrscher zu tun und mit einem Angriffskrieg auf einen autonomen Staat, der flächenmäßig der zweitgrößte in Europa ist. All dies bei Fortexistenz geopolitischer Einflusszonen und Machtkalküle, die in den verschiedenen Teilen der Welt vor dem Hintergrund unterschiedlicher Verknüpfungen von ökonomischen, historischen und schlicht machtpolitischen Gründen wirksam sind.

Im Falle der russischen Invasion in die Ukraine würde ich mit Wladimir Soronin dafür halten,

dass der durch seinen Krieg demaskierte Putin „geliefert ist“. Eine diskussionswürdige, ziemlich radikale These zu der Zeitenwende, die wir gerade erleben, könnte daran anschließend lauten: Europa ist die Weltregion, in der beides seinen Ursprung hat, das demokratische Projekt unserer Moderne¹⁹ ebenso wie die industriellen Revolutionen in einer kapitalistisch geprägten Wirtschaft mit den darauf beruhenden imperialen Machtpolitiken des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die wirken u. a. auch bis in die heutige Geopolitik der USA hinein weiter fort. Der Schock eines neuerlichen Krieges in Europa könnte die Grundlage dafür bilden, wirtschafts- und außenpolitische Konzepte zu entfalten, das sich als Antwort auf und Gegenentwurf zu den Jahrhunderten verfehlter imperialer Politik erweisen könnten. Er könnte ebenso der Impuls für einen Schritt zu einer Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie von einer Herrschafts- zu einer Lebensform werden – einen Schritt der überfällig ist und dessen Vorschein eine Denkerin wie Arendt schon in der weltweiten Bewegung von 1968 zu sehen gemeint hat.²⁰

Solche Überlegungen mögen manchen als geradezu unangemessen euphorisch erscheinen. Immerhin ist schon im Zeichen einer drohenden Klimakatastrophe das mögliche Ende unseres Anthropozän zum Gegenstand wissenschaftlicher Debatten geworden – und nun kommen Fragen von Krieg und Frieden mitten in Europa hinzu. Man kann aber auch sagen, dass gerade in solcher

18 Zu einer konstruktiv-kritischen Auseinandersetzung mit Castoriadis' siehe Martens 2020, 117-146.

19 Das gilt jedenfalls gedanklich oder Ideengeschichtlich für die Französische und europäische Aufklärung. Praktisch kam dann zwar die amerikanische Unabhängigkeitserklärung mit einer ersten Verkündung allgemeiner Menschenrechte vor der Französischen

Revolution, doch erst mit letzterer betrat die Demokratie nach über 2000 Jahren praktisch von Neuem höchst wirkungsvoll die politische Bühne.

20 „Mir scheint, die Kinder des nächsten Jahrhunderts werden das Jahr 1968 einmal so lernen wie wir das Jahr 1848“, schrieb Arendt damals in einem Brief an Karl Jaspers (Blume u. a. 2020, 14).

Lage immer mehr dafür spricht, dass, so Oskar Negt (2016), heute allein noch Utopien realistische Auswege aus einer Lage eröffnen könnten, in der wir alle zunehmend in Sackgassen geraten – oder, wenn wir diesen schwierigen Begriff vermeiden wollen, dass es jedenfalls immer mehr darauf ankommt, unseren Möglichkeitssinn zu schärfen. Die andere, nur vermeintlich realistische Alternative dazu läge darin, sich sozusagen mit *Schopenhauer als Erzieher* (Nietzsche 1981) und mit dem aristokratisch-elitären Denken Friedrich Nietzsches als agnostischer Beobachter eines ungeheuren, sinnvoller menschlicher Gestaltung nicht zugänglichen Weltgeschehens ins *eisige Hochgebirge* philosophischen Denkens zurückzuziehen. Solcher Rückzug stünde, Nietzsches aristokratisch-elitärem Denken entsprechend, nur wenigen offen – und wäre in Wahrheit Resignation. Sie überließe Diktatoren wie Putin und (noch) verhinderten Autokraten wie Donald Trump das Heft des Handelns, das bisher noch immer von geopolitischem Machtdenken geprägt gewesen ist. Wer so dächte, würde Nietzsches Aphorismus „Der Irrsinn ist bei Einzelnen etwas Seltenes – aber bei Gruppen, Parteien, Völkern, Zeiten die Regel“ (Nietzsche 2008, S. 149) als unabweisbar „ewig“ gültig ansehen und könnte nur noch gelassen, weil immer noch in privilegierter Lage, das Ende unseres Anthropozän abwarten. Denkt man aber Nietzsche in der Tradition des mittelmeerischen Denkens Albert Camus‘ weiter, verbietet sich dieser Blick auf den „*Irrsinn der Menschen, der im Untergang der Menschheit endet*“ (Camus 1957a, 67). Der Autor des „Mythos des Sisyphos“ formuliert dagegen:

„Es ist dies – also die Arbeit gegen den Irrsinn an – in Wahrheit eine Aufgabe ohne Ende. Doch wir sind da, um sie fortzusetzen. Ich glaube zu wenig an die Vernunft, noch an

irgendeine Philosophie der Weltgeschichte, um mich dem Fortschritt zu verschreiben. Doch ich glaube wenigstens daran, dass sich die Menschen über ihr Schicksal immer bewusster geworden sind. Wir haben unsere Lage keineswegs überwunden, aber wir erkennen sie besser. Wir wissen uns in Widersprüche verstrickt, doch wir wissen auch, dass wir diese Widersprüche ablehnen und alles daran setzen müssen, sie zu verringern. (...) Dies ist natürlich eine übermenschliche Aufgabe. Doch man nennt jene Aufgaben übermenschlich, die den Menschen lange Zeit kosten, sie zu erfüllen. Das ist alles“ (Camus 1967b, S. 41f).

Wir mögen heute das Problem haben, dass wir wieder einmal in zunehmend finstere Zeiten geraten, und wir können dabei bemerken, wie in der Einleitung zu diesem Aufsatz betont, dass was heute geschieht und was unsere Zukunft weiter beeinflusst, in der Vergangenheit geboren worden ist. Wir sollten heute zudem wissen, dass das Zeitfenster, das noch Chancen bietet, dem „Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“ zu begegnen, nicht mehr allzu lange offen stehen wird. Umso mehr gilt es, die verbleibende Zeit zu nutzen und unseren Möglichkeitssinn zu schärfen, um die vor uns liegenden Herausforderungen politisch anzugehen – und die von Camus als „übermenschlich“ charakterisierte Aufgabe zu bewältigen.

Literatur

- Arendt, H. (1971): Lying in Politics, in: New York Review of Books 18.11. 1971, Nachdruck in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3/2004, S. 3-18
- (1974): Über die Revolution, München Zürich
 - (2002): Denktagebuch (Hgg. Von Ursula Ludz u. I. Nordmann) 2 Bände, München-Zürich
- Blom, P. (2010): böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München

- Blume, D.; Boll M.; Gross, R. (Hg.) (2020): Hannah Arendt und das 20. Jahrhundert, München
- Budraitskis, I. (2022): Krieg / Frieden – Osteuropa – Ukraine-Krise. Hätten wir damit rechnen müssen?
RLS 01.03. 2022,
<https://www.rosalux.de/news/id/46049/haetten-wir-damit-rechnen-muessen>
- Camus, A. (1957): Die Mandelbäume, in: ders.: Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer-Essays,
- (1957b): Helenas Exil, in: ders.: Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer-Essays, S. 61-69
- (2016): Der Mensch in der Revolte, Reinbek bei Hamburg (31. Auflage)
- Castoriadis, C. (2016): Die ungarische Quelle, in: Ders., hgg. Von A. Gabler, M. Halfbrodt und H. Wolf (2016): Ungarn 1956. Die ungarische Revolution, Lich, S. 67-103
- Chomsky, N. (2017): Wer beherrscht die Welt? Die globalen Verwerfungen der amerikanischen Politik, Berlin
- Elias, N. (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1985), Frankfurt am Main
- Fukuyama, F. (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München
- Enzensberger, H. M. (2002): Die Elixire der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main
- Habermas, J. (2014): Warum der Ausbau der EU zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: Leviathan 4/2014, S. 525-538
- Heinsohn, G. (2022): Putin verrechnete sich mit dem Kampflösen und steht nun mitten im Krieg, Flossbach von Storch, Research Institute
- Hirshman, A. O. (1980) Leidenschaften und Interessen, Frankfurt am Main
- Kister, K. (2022): Die Fantasie ist ein Fluchttier. Vom vertikalen Erzählen und dem Bergwerk der Erinnerung: ein Portrait des großen Geschichtensammlers Alexander Kluge, SZ 12/13. 02. 2022
- Kluge, A. (2022): Sieger ist nicht, wer die Schlacht gewinnt, Zeit-Online 05.03. 2022
- Martens, H (2019): Vor der „Rückkehr der Zukunft“, oder konfrontiert mit finsternen werdenden Zeiten? – wissenschaftliche, philosophische, literarische (ver-)dichtende Perspektiven angesichts der Krise der Politik, in: Rahlwes, M.; Rudnik, T.; Tznakis Papadakis, N. (Hrsg.) Radikale Philosophie und Kritik der Politik Festschrift für Frieder O. Wolf zum 75. Geburtstag, Münster
- (2020): Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund
- (2021): Im Angesicht der Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne, in: spw, Heft 242, 1/2021, S. 88-96
- (2022a): Ratlos in der Eiszeit? Ukraine-Krise, fatale Folgerichtigkeit der aktuellen Entwicklung, neue Einsichten, Perspektiven, ein Essay, www.drhelmutmartens.de
- (2022b): Der Traum vom ewigen Fortschritt. Zur Kritik des herrschenden Fortschrittsparadigmas, soll erscheinen in spw Heft 3, 2022
- Münkler, H. (2022): „Das mit der Weltgemeinschaft können wir uns abschminken“. Herfried Münkler im Gespräch mit Ute Welty, Studio 9 Deutschlandfunk Kultur
- Negt, O. (2016): Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen, Werkausgabe Bd. 16, Göttingen
- Nietzsche, F. (1981): Schopenhauer als Erzieher, in: Haffmann, G. (Hg.): Über Arthur Schopenhauer, Zürich
- (2008) Der tanzende Stern. Aphorismen, herausgegeben von Kilian, K, Köln
- Rehfeld, N. (2022): Hat Putin mich je einen Rassistenanannt? Russlands Machthaber beginnt einen Krieg in Europa. Womit sind Amerikas Medien beschäftigt? Mit sich selbst. Das ist peinsam, vor allem bei Fox News. In: FAZ 26.02. 2022
- Sorokin, W. (2022): Putin ist geliefert. Wie unser Regierungschef von einem Hoffnungsträger zu einem Monster wurde. Und was ihn nun erwartet, in: SZ, 26./27. Februar 2022
- Steinfeld, F. (2022): Am Rande eines großen Krieges: Der Russland-Ukraine-Nato-Konflikt, in Sozialismus 3/2022, S. 2-5
- Tooze, A. (2022): Diesen Krieg verstehen. Wie gefährlich sind Sanktionen gegen Russland? Wie enthemmt ist Putin? Wie marode ist die Bundeswehr? Der Londoner Historiker Adam Tooze im Gespräch, in SZ 11.03. 2022
- Vahland, K. (2022): Das berührte Land. Die Deutschen und der Krieg, SZ, 04.03. 2022
- Wagner, J. (2014): Ukraine. Showdown im postsowjetischen Raum, in: Sozialismus, 4-2014, S. 2 – 8